
A
0
0
0
5
4
4
5
9
4
5
UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY

Ottokar Czernin

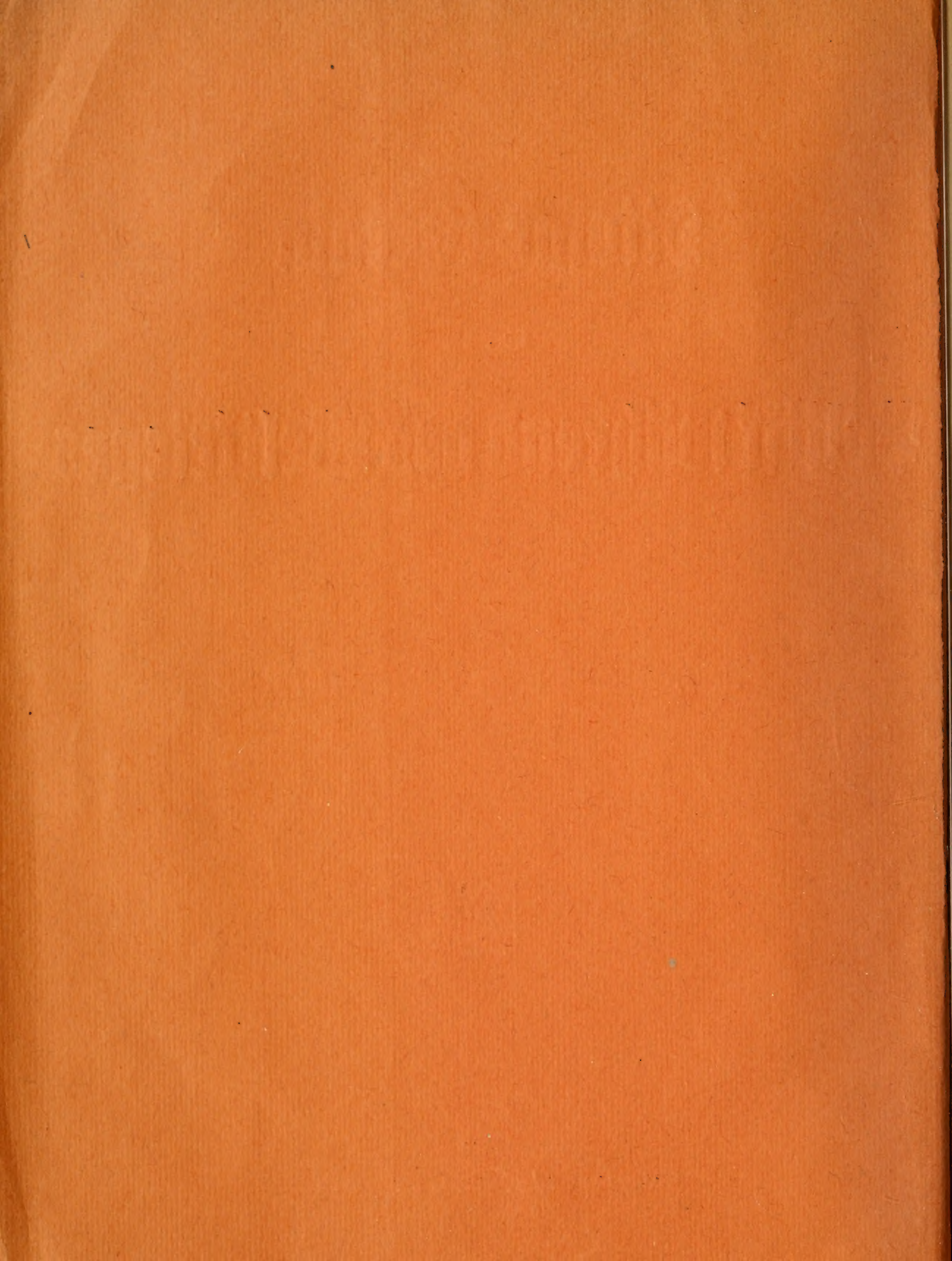
über die

Politik während des Weltkrieges

Rede, gehalten den 11. Dezember 1918



Wien
Verlag von Moritz Perles, I., Seilergasse 4



Ottokar Czernin

über die

Politik während des Weltkrieges

Rede, gehalten den 11. Dezember 1918



Wien
Verlag von Moritz Perles, I., Seilergasse 4

Meine hochverehrten Herren!

Wenn ich heute hier das Wort ergreife, um über die Politik während des Krieges zu sprechen, so möchte ich dazu beitragen, der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Wir leben in einer erregten Zeit. Nach einem vierjährigen Kriege, dem blutigsten und entsetzlichsten Kriege, welchen die Menschheit jemals gekannt hat, und in der Mitte der größten Revolution, die jemals da war, ist diese Erregung nur allzu verständlich. Aber die Folge dieser Erregung ist, daß alle die Gerüchte, die durch die Luft flattern, die Wahres und Falsches vermischen, die Öffentlichkeit irreleiten. Es ist unbedingt notwendig, hier Klarheit zu schaffen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, was eigentlich vorgefallen ist, sie hat ein Recht darauf zu erfahren, warum wir den so heiß ersehnten Frieden nicht erhalten konnten, sie hat ein Recht darauf zu erfahren, ob und wo ein Versäumnis vorliegt oder ob die überwältigende Kraft der Verhältnisse die Politik in jene Bahnen gelenkt hat, in denen sie sich bewegte. Die Neuordnung der Verhältnisse bei uns und in Deutschland wird es mit sich bringen, daß es keine geheimen Vorgänge mehr gibt. Es wird also der Tag kommen, an welchem, zum Glück, alles klargestellt wird, was bis jetzt als geheim galt. Da ich aber nicht weiß, wann diese Veröffentlichungen beendet sein werden, so bin ich für die Möglichkeit, bereits heute den Schleier von gewissen noch unbekannten Tatsachen ziehen zu können, sehr dankbar. Ich werde mich bei der Behandlung dieses Themas der Besprechung jener konstitutionellen Faktoren enthalten, welche dereinstens eine große Macht waren und es heute nicht mehr sind. Ich werde dies deshalb tun, weil es mir unrichtig vorkäme, Personen in die Diskussion zu ziehen, die heute schwer antworten und sich nicht verteidigen können. Ich muß auch der austro-deutschen Presse das ehrende Zeugnis ausstellen, daß sie im großen und allgemeinen bestrebt ist, dem früheren Kaiser alle Kränkungen zu ersparen. Ausnahmen natürlich sind vorhanden. Exceptiones firmant regulam. Es gibt in Wien wie überall Männer, denen Angriffe um so verlockender erscheinen, je weniger der Angegriffene in der Lage ist, sich zu ver-

1*

teidigen. Aber glauben Sie mir meine Herren, die, die so denken, sind nicht die Tapfersten, nicht die Besten und auch nicht die Verläßlichsten, und seien wir froh, daß sie sich in einer so verschwindenden Minorität befinden.

Aber meine Herren, ich komme zu meinem eigentlichen Thema und ich möchte, bevor ich auf verschiedene Phasen der Friedenstätigkeit eingehe, zwei Dinge konstatieren: Erstens, daß seit dem Eintritt Italiens und Rumäniens in den Krieg und vor allem seit dem Eintritte Amerikas in den Krieg der „Siegfrieden" unsererseits meiner Ansicht nach eine Utopie geworden war, eine Utopie, welche leider durch die deutschen Militärs immer genährt wurde und zweitens möchte ich vorgreifend konstatieren, daß wir niemals ein Friedensangebot von der Entente erhalten haben. Es haben verschiedene Male Fühlungnahmen zwischen unseren und Vertretern der Entente stattgefunden, aber diese Fühlungnahmen haben sich leider niemals bis zu konkreten Bedingungen verdichtet. Wir hatten öfters den Eindruck, daß wir imstande seien, einen Separatfrieden ohne Deutschland schließen zu können, jedoch niemals wurden uns die konkreten Bedingungen genannt, unter welchen Deutschland seinerseits Frieden schließen könne. Niemals wurde uns vor allem erklärt, daß Deutschland seinen vorkriegerischen Besitzstand werde behalten können, und immer wurden wir dadurch in der Situation belassen, einen Verteidigungskrieg für Deutschland führen zu müssen. Wir waren durch unseren Vertrag zur gemeinsamen Verteidigung des vorkriegerischen Besitzstandes gezwungen, dadurch, daß die Entente niemals erklären wollte, daß sie mit einem Deutschland sprechen wolle, welches keine Eroberungsabsichten habe, daß die Entente immer erklärte, sie wolle Deutschland vernichten, zwang sie uns gewaltsam den Verteidigungskrieg für Deutschland auf und erschwerte unsere Rolle in Berlin ganz unermeßlich. Auch uns hat man bei diesen Unterlassungen niemals unseren vorkriegerischen Besitzstand zugesagt, aber bei uns war der Wunsch nach dem Frieden so stark, daß wir territoriale Konzessionen gemacht hätten, wenn wir damit den allgemeinen Frieden erreicht hätten. Das war aber nicht der Fall, denn wenn wir beispielsweise Italien, welches ja in erster Linie gegen uns und nicht gegen Deutschland Krieg führte, wenn wir Italien noch so große Konzessionen gemacht hätten, wenn wir ihm alles das versprochen hätten, was es tatsächlich heute in Besitz genommen hat, so hätte es dennoch keinen Frieden schließen können, weil es seinerseits durch die Bundespflicht und durch die Verhältnisse gezwungen, erst Frieden schließen konnte, wenn auch England und Frankreich mit Deutschland Frieden schlossen.

Wenn also nur ein Frieden mit Opfern möglich war, so ist es klar, daß im Prinzip zwei Wege sich öffneten, um zu diesem Ziele zu gelangen: Der eine Weg war der allgemeine Frieden, d. h. gemeinsam mit Deutschland und der

zweite der Separatfrieden. Auf die überwältigenden Schwierigkeiten der ersteren Eventualität werde ich später zu sprechen kommen, jetzt möchte ich erst einige Worte über den Separatfrieden verlieren.

Ich persönlich, hätte einen Separatfrieden niemals geschlossen. Ich habe niemals vergessen, auch in den Stunden der Enttäuschung, ja ich kann sagen der Verzweiflung nicht, in Stunden der Verzweiflung darüber, daß ich nicht imstande war, die Berliner Politik in ein vernünftiges Geleise zu bringen, auch in solchen Stunden habe ich niemals vergessen, daß das Bündnis mit dem Deutschen Reiche kein Bündnis im vulgären Sinne ist, kein Bündnis, welches zwei Kaiser oder zwei Regierungen geschlossen haben und welches sich einfach zerreißen läßt, sondern ein Blutsbündnis, ein Blutsbündnis zwischen den zehn Millionen Austrodeutschen und den siebzig Millionen des Reiches, welches nicht zerrissen werden darf. Und niemals habe ich vergessen, daß die damals in Deutschland führenden Militärs nicht das deutsche Volk waren und daß wir das Bündnis mit dem deutschen Volk und nicht mit einigen herrschenden Männern geschlossen hatten. Aber ich leugne nicht, daß ich in den Augenblicken, wo ich sah, daß ich mit meiner Politik nicht durchdringen könne, den Gedanken ventilierte, dem Kaiser vorzuschlagen, er möge an meiner Stelle einen jener Männer ernennen, welche in der Trennung von Deutschland das Heil erblickten. Und immer wieder bin ich von diesem Beschlusse abgekommen, weil ich die feste Überzeugung gewonnen habe, daß ein Separatfrieden eine physische Unmöglichkeit wäre. Die Monarchie lag wie ein großer Block zwischen Deutschland und dem Balkan. Deutschland hatte dort große Truppenmengen, von denen es nicht getrennt werden konnte, es bezog Öl und Getreide vom Balkan; wenn wir es vom Balkan abschnitten, berührten wir seinen empfindlichsten Lebensnerv. Ferner hätte die Entente selbstverständlich als erste Bedingung verlangt, daß wir uns der Blockade anschließen und endlich wäre mit unserem Austritt auch Bulgarien und die Türkei automatisch abgefallen. Deutschland konnte, wenn wir austraten, den Krieg nicht weiter führen. Bei dieser Situation ist es gar kein Zweifel, daß die deutsche Heeresleitung einige Divisionen nach Böhmen und nach Tirol geworfen hätte, um uns dasselbe Schicksal zu bereiten, wie seinerzeit Rumänien. Die Monarchie, vor allem Böhmen, wäre sofort zum Kriegsschauplatz geworden. Aber noch mehr. Im Innern des Reiches hätte ein solcher Schritt sofort den Bürgerkrieg entfacht. Niemals wären die Deutschen Österreichs gegen ihre Brüder gegangen und niemals hätten die Ungarn — die Ungarn Tiszas — einer solchen Politik Gefolgschaft geleistet. Wir konnten den Krieg, den wir gemeinsam begonnen haben, nicht mehr einseitig beenden. Wir konnten aus diesem Krieg nicht aussteigen, wir konnten nur mit Deutschland gegen die

Entente oder mit der Entente gegen Deutschland kämpfen, bis Deutschland selbst den Krieg aufgab. Einen kleinen Vorgeschmack, wie die Dinge gekommen wären, haben wir ja durch den in letzter Stunde von Andrassy versuchten separatistischen Schritt bekommen. Dieses ganz geschlagene, bereits vernichtete und am Boden liegende Deutschland hat noch immer die Kraft gefunden, Truppen nach Tirol zu werfen und wenn die Revolution nicht wie ein Feuerbrand ganz Deutschland ergriffen hätte, wenn sie nicht den Krieg erstickt hätte, ich weiß nicht, ob nicht Tirol in letzter Stunde noch zum Kriegsschauplatz geworden wäre. Aber meine Herren, ich gehe weiter. Das Experiment des Separatfriedens hätte uns nicht nur den Bürgerkrieg gebracht, es hätte nicht nur die Monarchie zum Kriegsschauplatz gemacht, auch das Endergebnis des Krieges wäre ungefähr das gleiche geblieben. Die Auflösung der Monarchie in ihre verschiedenen nationalen Bestandteile war von jeher ein Postulat der Entente. Ich erinnere an die Londoner Konferenz. Ob aber der Staat aufgelöst wird aus Belohnung für die Völker oder aus Strafe für den Staat, bleibt sich im Effekt gleich. Auch in diesem Falle wäre „Deutschösterreich" entstanden und schwerlich hätte das deutschösterreichische Volk bei dieser Entwicklung eine Haltung eingenommen, welche es zum Bundesgenossen der Entente gemacht hätte. Ich hatte allerdings als k. u. k. Minister die Pflicht, auch die dynastischen Interessen zu vertreten und ich habe mir dies stets vor Augen gehalten. Aber ich glaube, auch in dieser Beziehung wäre das Ende das gleiche gewesen. Vor allem war die Auflösung der Monarchie in ihre nationalen Teile auf gesetzlichem Wege gegen den deutschen und ungarischen Widerstand ein Ding völliger Unmöglichkeit. Die Deutschen Österreichs hätten es ferner der Krone niemals verziehen, wenn sie einen Krieg mit Deutschland begonnen hätte, immer wäre der Kaiser gegen die starke republikanische Tendenz der Tschechen gestoßen und immer wäre er in der südslawischen Frage in Konflikt geraten mit dem König von Serbien, welcher selbstverständlich als Bundesgenosse der Entente näher stand, als die Habsburger. Und niemals schließlich hätten es die Ungarn dem Kaiser verziehen, wenn er freiwillig große Territorien an Böhmen und an den südslawischen Staat abgetreten hätte, und so glaube ich, daß die Krone in diesem Wirbel ebenso untergegangen wäre, wie sie jetzt untergegangen ist. Ein Separatfrieden war eine physische Unmöglichkeit. Es blieb der zweite Weg, den Frieden mit Deutschland zu machen. Bevor ich auf die Schwierigkeiten eingehe, die diesen Weg unmöglich machten, muß ich kurz erklären, worin unsere große Abhängigkeit von Deutschland begründet war: Erstens in militärischer Hinsicht. Immer und immer wieder brauchten wir die deutsche Hilfe. In Rumänien, in Italien, in Serbien und in Rußland haben wir gemeinsam mit den Deutschen gesiegt. Wir waren in der Lage des armen Ver-

wandten, welcher von der Güte des reichen Vetters lebt. Es ist aber unmöglich, gleichzeitig als Bittender und als politischer Vormund aufzutreten, insbesondere dann, wenn der Partner preußischer Offizier ist. In zweiter Linie war unsere Abhängigkeit begründet durch den Stand unseres Ernährungswesens. Immer und immer wieder waren wir gezwungen, in Berlin um Hilfe zu ersuchen, weil die vollständige Desorganisation auf dem Gebiete unseres Ernährungswesens uns in die schrecklichsten Lagen brachte. Die Hungerblockade, welche Ungarn einerseits und die k. k. Behörden mit ihren Zentralen anderseits gegen die Bevölkerung machten, zwangen uns hiezu. Ich erinnere mich, daß ich in der Zeit von Brest-Litowsk, als ich im heftigsten Streit mit den deutschen Unterhändlern lag, von Wien aus gezwungen wurde, in Berlin einen Fußfall um Nahrungsmittel zu machen. Die Herren werden sich eine Vorstellung machen können, wie schwächend solche Fälle auf die Tätigkeit eines Ministers wirken müssen. Drittens, endlich war unsere Abhängigkeit bedingt durch die finanzielle Lage. Wir bezogen monatlich von Deutschland über hundert Millionen Mark, um unsere Valuta zu stützen, eine Summe, welche im Laufe des Krieges auf über vier Milliarden angewachsen ist, und wir brauchten dieses Geld so notwendig, wie die deutschen Divisionen und das deutsche Brot. Und trotz dieser Abhängigkeit blieb der einzige Weg, zum Frieden zu gelangen, der, Deutschland in unser politisches Geleise zu bringen, das heißt Deutschland zu bewegen, einen Frieden mit Opfern zu schließen. *Immer war die Situation nur die, daß wir in einem denkbar günstigen militärischen Momente einen Frieden hätten vorschlagen können, welcher, mit bedeutenden Opfern verbunden, vielleicht die Hoffnung gehabt hätte, von den Feinden angenommen zu werden.* Die deutschen Militärs aber wurden, je glänzender ihre Erfolge waren, desto anspruchsvoller und weniger denn je war es möglich, sie nach großen Siegen zu einer solchen Verzichtpolitik zu bewegen. Ich glaube übrigens, daß es einen einzigen Moment in der Geschichte dieses Krieges gegeben hat, in welchem eine solche Demarche wirklich sehr hoffnungsvoll schien. Das war nach der berühmten Schlacht von Gorlice. Damals, als die russischen Armeen zurückfluteten, als die russischen Festungen wie die Kartenhäuser fielen, bereitete sich bei manchen unserer Feinde eine Veränderung in der Psyche vor. Ich war damals noch Gesandter in Rumänien. Majorescu war nicht abgeneigt, sich aktiv auf unsere Seite zu stellen und die rumänische Armee, welche nach Beßarabien vorgestoßen wäre, wäre weit in den Rücken der zurückflutenden russischen gekommen und hätte nach menschlicher Berechnung in Rußland ein Debakel herbeiführen müssen. Vielleicht wäre dann jener Zusammenbruch, den

wir später in Rußland erlebt haben, bereits damals eingetreten und damals, wo es noch kein „Amerika“ am Horizont gab, hätte man nach einem solchen Erfolg vielleicht den Krieg beenden können. Ein solches Vorgehen aber hatte zwei Voraussetzungen: Erstens verlangten die Rumänen als Preis für ihre Kooperation eine ungarische Grenzrektifikation, und diese erste Bedingung wurde glatt von Ungarn refüsiert und die zweite Bedingung, zu der es ja natürlich gar nicht gekommen ist, wäre die gewesen, daß wir auch nach solchen großen Erfolgen die Kraft finden, einen Verzichtfrieden anzutragen. In diese zweite Lage kamen wir nicht, aber die zweite Voraussetzung wäre bestimmt am deutschen Widerspruch ebenso gescheitert, wie die erstere am ungarischen gescheitert ist. Ich will nicht positiv behaupten, daß in diesem oder einem anderen Falle es möglich gewesen wäre, den Frieden zu erreichen. Ich behaupte nur ganz positiv, daß, solange ich im Amte war, ein solcher Verzichtfrieden von Deutschland und von uns stets das Maximum des Erreichbaren dargestellt hätte. Die Zukunft wird beweisen, welche übermenschlichen Anstrengungen wir gemacht haben, um Deutschland zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Wenn sie alle mißlangen, so lag die Schuld nicht an dem deutschen Volk, auch meiner Ansicht nach nicht an dem deutschen Kaiser, sondern sie lag bei den führenden deutschen Militärs, welche eine so unermeßliche Machtfülle an sich gerissen hatten. Von Bethmann bis Kühlmann wollten alle in der Wilhelmstraße den Frieden. Aber sie konnten nichts erreichen, weil die Militärpartei einen jeden stürzte, der anders zu handeln versuchte als sie selbst es wollte. Auch das gilt für Bethmann und Kühlmann. Die Alldeutschen unter Führung der deutschen Militärpartei konnten nicht verstehen, daß sie sich zu Tode siegen, daß Siege wertlos sind, wenn sie nicht den Frieden bringen und Faustpfänder zwecklos sind, wenn der Gegner nicht gezwungen werden kann, sie einzulösen. Es hat unter diesen Alldeutschen verschiedene Abstufungen gegeben. Die einen wollten Teile Belgiens und Frankreichs annektieren und ich weiß nicht, wieviel Milliarden Kronen Kriegsentschädigung fordern, die anderen gaben es billiger, aber alle waren sie darüber einig, daß der Frieden nur mit einem Gebietszuwachs Deutschlands geschlossen werden könne. Man verstand sich mit den deutschen Militärs ausgezeichnet, wenn man auf ihre Phantasien einging, einen Siegfrieden als Basis annahm und auf Grund desselben die Welt verteilte. So wie man aber die reale Situation zur Grundlage nahm und versuchte, den Fall eines weniger glücklichen Kriegsausganges in Kalkulation zu stellen, so stieß man auf Hindernisse, die einfach nicht zu überwinden waren. Uns allen sind ja noch die Reden in Erinnerung, so stets vom „harten Frieden“,

vom „deutschen Frieden", vom „Siegfrieden" usw. öffentlich gesprochen wurde. Für uns wäre da die Möglichkeit eines günstigeren Friedens, ich meine eines Verständigungsfriedens, denn an einen Siegfrieden habe ich nie geglaubt, ich sage, für uns wäre da die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens nur in bezug auf Polen und die austro-polnische Frage praktisch akut geworden. Ich kann aber nicht kategorisch genug betonen, daß die austro-polnische Lösung niemals ein Friedenshindernis war und niemals eines hätte werden können. Der Gedanke war immer nur der, daß die österreichischen und die früher russischen Polen vereinigt und an die Monarchie angeschlossen werden. Niemals aber war es gedacht, einen solchen Schritt gegen den Willen der Polen oder auch gegen den Willen der Entente durchzusetzen. Es hat eine Zeit gegeben, wo es schien, daß sowohl die Polen, wie gewisse Strömungen bei der Entente, einer solchen Lösung nicht abgeneigt wären.

Um aber auf die deutschen Militärs zurückzukommen, so hatten dieselben eine Machtfülle erreicht, wie sie tatsächlich selten in der Geschichte ist und welche in ihrer Seltenheit nur durch die Schnelligkeit ihres furchtbaren Zusammenbruches übertroffen wurde. Die markanteste Persönlichkeit dieser Gruppe war der General Ludendorff. Ludendorff war ein Mann von großer, ja genialer Konzeption, von einer nicht zu unterdrückenden Energie und großen Gaben. Aber dieser Mann hätte eine politische Bremse gebraucht, ein politisches Gegengewicht in der Wilhelm-Straße und das hat er nie gefunden. Man muß gerecht sein und anerkennen, daß die deutschen Generale Gigantisches geleistet haben und es hat eine Zeit gegeben, wo sie von dem deutschen Volk wie die Götter verehrt wurden. Mag sein, daß die großen Strategen alle ungefähr ähnlich sind. Sie sehen nur den Sieg und immer nur den Sieg. Moltke war vielleicht auch nicht anders, aber ihm stand ein Bismarck gegenüber und erreichte das Gleichgewicht der Kräfte. Uns fehlte dieser Bismarck und es ist schließlich nicht die Schuld oder jedenfalls eine Entschuldigung für General Ludendorff, daß er die einzige Kraftnatur in ganz Deutschland war und daß dadurch die ganze Politik auf das militärische Geleise kam. Ein großer Patriot war Ludendorff, der nichts für sich, sondern nur das Glück Deutschlands wollte, ein militärisches Genie, ein harter Mann, furchtlos wie nur Einer — und doch ein Unglück, weil er die ganze Welt nur durch die Potsdamer Brillen sah und ganz falsch einschätzte und jeden Friedensversuch verdarb, der kein Siegfrieden war. Dieselben Menschen, die Ludendorff vergöttert haben, als er vom Siegfrieden sprach, werfen ihm heute aus demselben Grunde Steine nach, Ludendorff war genau so wie die Staatsmänner in England und Frankreich, sie alle wollten kein Kompromiß, nur den

Sieg — in dieser Beziehung war gar kein Unterschied zwischen ihnen. Der Verständigungsfriede, den ich wollte, wurde an der Themse und der Seine ebenso verworfen, wie bei Ludendorff. Ich habe es schon gesagt. Nach dem Vertrage waren wir zweifellos verpflichtet, einen Verteidigungskrieg bis zum Äußersten zu führen und beiderseits die Integrität der Reiche zu verteidigen. Es ist ganz selbstverständlich, daß ich daher niemals öffentlich einen anderen Standpunkt einnehmen konnte, daß ich stets erklären mußte, wir kämpfen für Elsaß-Lothringen genau wie für den Trento, daß ich nicht der Entente gegenüber deutsches Territorium preisgeben konnte, solange ich nicht die Möglichkeit besaß, Deutschland selbst zu einem solchen Verzicht zu bewegen. Daß aber in letzter Hinsicht gewaltige Versuche gemacht worren sind, werde ich noch entwickeln. Ich muß hier einschaltend bemerken, daß unsere Militärs sich vor dem Fehler der deutschen Generale, störend in die Friedenspolitik einzugreifen, vollständig ferne hielten. Es ist zweifellos ein Verdienst des Kaisers Karl, da er solche Eingriffe, wenn einmal irgendwo die Lust dazu vorhanden war, zurückwies. Speziell aber muß ich betonen, daß der Erzherzog Friedrich niemals anders tätig war, wie in dem Sinne des Friedens. Er hat sich darin sowie in seinen Bestrebungen, das Verhältnis zu Deutschland günstig zu erhalten, ein großes Verdienst erworben.

Sehr bald nach meinem Amtsantritte hatte ich mit der deutschen Regierung Aussprachen, welche den Herren keinen Zweifel über den Ernst der Situation ließen. Im April 1917 — also vor 1½ Jahren — sendete ich Kaiser Karl folgendes Exposé, welches von ihm dem Kaiser Wilhelm geschickt wurde, mit dem Bemerken, er teile meine Auffassung.

Redner liest:

„Wollen Euer Majestät mir gestatten, mit jener Offenheit, welche mir vom ersten Tage meiner Ernennung an gestattet war, meine verantwortliche Meinung über die Situation entwickeln zu dürfen.

Es ist vollständig klar, daß unsere militärische Kraft ihrem Ende entgegengeht. Diesbezüglich erst lange Details zu entwickeln hieße die Zeit Euer Majestät mißbrauchen.

Ich verweise bloß auf das zur Neige gehende Rohmaterial zur Munitionserzeugung, auf das vollständig erschöpfte Menschenmaterial und vor allem die dumpfe Verzweiflung, welche sich vor allem wegen der Unterernährung aller Volksschichten bemächtigt hat und welche ein weiteres Tragen der Kriegsleiden unmöglicht macht.

Wenn ich auch hoffe, daß es uns gelingen wird, noch die allernächsten Monate durchzuhalten und eine erfolgreiche Defensive durchzuführen, so bin mir doch vollständig klar darüber, daß eine weitere Winterkampagne vollständig

ausgeschlossen ist, mit anderen Worten, daß im Spätsommer oder Herbst um jeden Preis Schluß gemacht werden muß.

Die größte Wichtigkeit liegt zweifellos dabei auf den Moment, die Friedensverhandlungen in einem Augenblicke zu beginnen, in welchem unsere ersterbende Kraft den Feinden noch nicht zu vollem Bewußtsein gekommen ist. Treten wir an die Entente heran in einem Augenblick, in welchem Vorgänge im Innern des Reiches den bevorstehenden Zusammenbruch ersichtlich machen, so wird jedes Demarche vergeblich sein und die Entente wird auf keine Bedingungen, außer auf die, welche die vollständige Vernichtung der Zentralmächte bedeuten, eingehen.

Rechtzeitig also zu beginnen, ist von kardinaler Wichtigkeit.

Ich kann hier, so peinlich es mir ist, das Thema nicht beiseite lassen, auf welchem der Nachdruck meiner ganzen Argumentation liegt. Es ist dies die revolutionäre Gefahr, welche auf dem Horizont ganz Europas aufsteigt und welche von England gestützt, seine neueste Kampfart darstellt. Fünf Monarchen sind in diesem Kriege entthront worden und die verblüffende Leichtigkeit, mit welcher jetzt die stärkste Monarchie der Welt gestürzt worden ist, möge dazu beitragen, nachdenklich zu stimmen und sich des Satzes zu erinnern: exempla trahunt. Man antwortete mir nicht, in Deutschland oder Österreich-Ungarn seien die Verhältnisse anders, man erwiderte nicht, daß die festen Wurzeln des monarchischen Gedanken in Berlin oder Wien ein solches Vorgehen ausschlössen. Dieser Krieg hat eine neue Ära der Weltgeschichte eröffnet; er hat keine Vorbilder und keine Vorakten. Die Welt ist nicht mehr dieselbe, wie sie noch vor drei Jahren war, und vergeblich wird man noch Analogien für alle die Vorgänge, die heute zur Alltäglichkeit geworden sind, in der Weltgeschichte suchen.

Der Staatsmann, der nicht blind oder taub ist, muß wahrnehmen, wie die dumpfe Verzweiflung der Bevölkerung täglich zunimmt; er muß das dumpfe Grollen hören, das in den breiten Massen vernehmbar ist und er muß, wenn er sich seiner Verantwortung bewußt ist, mit diesem Faktor rechnen.

Euer Majestät sind die geheimen Berichte der Statthalter bekannt. Zwei Sachen sind klar. Auf unsre Slawen wirkt die russische Revolution stärker als auf die Reichsdeutschen und die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges ist weitaus größer für den Monarchen, dessen Land nur durch das Band der Dynastie geeinigt wird, als für den, wo das Volk selbst für seine nationale Selbständigkeit kämpft. Euer Majestät wissen, daß der Druck, der auf der Bevölkerung lastet, einen Grad angenommen hat, der einfach unerträglich wird: Euer Majestät wissen, daß der Bogen dermaßen gespannt ist, daß ein Zerreißen

täglich erwartet werden kann. Treten aber erst einmal ernstere Unruhen bei uns oder in Deutschland zutage, so ist es unmöglich ein solches Faktum vor dem Auslande zu verheimlichen und in diesem Augenblicke sind auch alle weiteren Bemühungen den Frieden zu erreichen, erfolglos geworden.

Ich glaube nicht, daß die interne Situation in Deutschland wesentlich anders steht als hier, nur fürchte ich, daß man sich in Berlin in den militärischen Kreisen gewissen Täuschungen hingibt. Ich habe die feste Überzeugung, daß auch Deutschland genau ebenso wie wir an dem Ende seiner Kraft angelangt ist, wie dies ja die verantwortlichen politischen Faktoren Berlins auch gar nicht leugnen.

Ich bin felsenfest davon durchdrungen, daß, wenn Deutschland versuchen sollte, eine weitere Winterkampagne zu führen, sich im Innern des Reiches ebenfalls Umwälzungen ergeben werden, welche mir viel ärger erscheinen, als ein von den Monarchen geschlossener schlechter Friede. Wenn die Monarchen der Zentralmächte nicht imstande sind in den nächsten Monaten den Frieden zu schließen, dann werden es die Völker über ihre Köpfe hinüber machen und dann werden die Wogen der revolutionären Vorgänge alles das wegschwemmen, wofür unsere Brüder und Söhne heute noch kämpfen und sterben.

Ich möchte gewiß keine oratio pro domo halten, aber ich bitte Euer Majestät, sich gnädigst erinnern zu wollen, daß, als ich als einziger seit zwei Jahren den rumänischen Krieg vorausgesagt habe, ich nur tauben Ohren gepredigt habe und daß ich, als ich zwei Monate vor dem Kriegsausbruch fast den Tag des Beginnens prophezeite, nirgends Glauben fand. Ebenso überzeugt wie von meiner damaligen Diagnose bin ich von meiner heutigen und ich kann es nicht eindringlich genug wiederholen, daß wir die Gefahren, die ich wachsen und wachsen sehe, nicht gering anschlagen mögen.

Die amerikanische Kriegserklärung hat zweifellos die Situation wesentlich verschärft. Es mag ja sein, daß Monate vergehen werden, bevor Amerika nennenswerte Kräfte auf den Kriegsschauplatz werfen kann, aber das moralische Moment, das Moment, daß die Entente neue kräftige Hilfe erhofft, verschiebt die Situation zu unseren Ungunsten, weil unsere Feinde bedeutend mehr Zeit vor sich haben als wir und länger warten können, als wir dies leider imstande sind. Welchen Fortgang die russischen Ereignisse nehmen werden, kann heute noch nicht gesagt werden. Ich hoffe, und dies ist ja eigentlich der Angelpunkt meiner ganzen Argumentation, daß Rußland seine Stoßkraft für lange Zeit, vielleicht für immer, verloren hat und daß dieses wichtige Moment ausgenützt werden kann. Trotzdem erwarte ich, daß eine französisch-englische, wahrscheinlich auch eine

italienische Offensive unmittelbar bevorstehe, doch glaube und hoffe ich, daß es uns gelingen wird, diese beiden Angriffe abzuschlagen. Ist dies gelungen — und ich rechne, daß dies in zwei bis drei Monaten geschehen sein kann — dann müssen wir, bevor Amerika das militärische Bild neuerdings zu unseren Ungunsten verschiebt, einen weitergehenden detailierten Friedensvorschlag machen und uns nicht davor scheuen, eventuell große schwere Opfer zu bringen.

Man setzt in Deutschland große Hoffnungen auf den Unterseebootkrieg. Ich halte diese Hoffnungen für trügerisch. Ich leugne keinen Augenblick die fabelhaften Leistungen der Seehelden, ich gebe bewundernd zu, daß die Zahl der monatlich versenkten Tonnen etwas Fabelhaftes ist, aber ich konstatiere, daß der von den Deutschen erwartete und vorausgesagte Erfolg nicht eingetreten ist.

Euer Majestät werden sich erinnern, daß uns Admiral Holtzendorf bei seiner letzten Anwesenheit in Wien positiv vorausgesagt hat, der verschärfte Unterseebootkrieg werde binnen sechs Monaten England matt setzen. Euer Majestät werden sich weiter erinnern, wie wir alle diese Voraussage bekämpft haben und erklärt haben, daß wir zwar nicht daran zweifeln, daß der Unterseebootkrieg England schädigen werde, daß aber der erwartete Erfolg durch den voraussichtlichen Eintritt Amerikas in den Krieg paralysiert werden dürfte. Es sind heute zweieinhalb Monate (also fast die Hälfte des angesagten Termins) seit dem Beginne des Unterseebootkrieges vergangen und alle Nachrichten, die wir aus England haben, stimmen darin überein, daß an einen Niederbruch dieses gewaltigsten und gefährlichsten unserer Gegner auch nicht einmal zu denken ist. Wenn Euer Majestät trotz ihrer schweren Bedenken dem deutschen Wunsche nachgeben und die österreichisch-ungarische Marine an dem Unterseebootkrieg habe beteiligen lassen, so geschah dies nicht, weil wir durch die deutschen Argumente bekehrt worden waren, sondern weil es Euer Majestät für absolut notwendig hielten, in treuer Waffengemeinschaft auf allen Gebieten mit Deutschland vorzugehen und weil wir die Überzeugung gewonnen hatten, daß Deutschland von den einmal gefaßten Beschlusse den verschärften Unterseebootkrieg zu beginnen, leider nicht mehr abzubringen sei.

Aber heute dürfen auch in Deutschland die begeisterten Anhänger des Unterseebootkrieges zu erkennen beginnen, daß dieses Mittel den Sieg nicht entscheiden wird, und ich hoffe, daß der leider unrichtige Gedanke, England werde binnen weniger Monate zum Frieden gezwungen sein, auch in Berlin an Boden verlieren wird. Nichts ist gefährlicher in der Politik, als jene Dinge zu glauben, die man wünscht, nichts ist verhängnisvoller als

das Prinzip, die Wahrheit nicht sehen zu wollen und sich utopischen Illusionen hinzugeben, aus denen früher oder später ein furchtbares Erwachen folgen muß.

Auch in einigen Monaten wird England, der treibende Faktor des Krieges, nicht gezwungen sei, die Waffen niederzulegen, aber vielleicht — und hierin gebe ich einen limitierten Erfolg des Unterseebootkrieges zu — vielleicht wird England in einigen Monaten sich die Rechnung stellen, ob es klug und vernünftig sei, diesen Krieg à outrance weiterzuführen oder ob es nicht staatsmännischer sei, goldene Brücken zu betreten, wenn ihm dieselben von den Zentralmächten gebaut werden, und dann wäre der Augenblick gekommen, für weitgehend schmerzliche Opfer seitens der Zentralmächte.

Euer Majestät haben die wiederholten Versuche unserer Feinde uns von unseren Bundesgenossen zu trennen unter meiner verantwortlichen Deckung abgelehnt, weil Euer Majestät keiner unehrlichen Handlung fähig sind. Aber Euer Majestät haben mich gleichzeitig beauftragt, den Verbündeten Staatsmännern des Deutschen Reiches zu sagen, daß wir am Ende unserer Kräfte sind und daß Deutschland über den Spätsommer hinaus nicht mehr auf uns wird rechnen können. Ich habe diese Befehle ausgeführt und die deutschen Staatsmänner haben mir keinen Zweifel darüber gelassen, daß auch für Deutschland eine weitere Winterkampagne ein Ding der Unmöglichkeit sei und in diesem einzigen Satze liegt eigentlich alles, was ich zu sagen habe: Wir können noch einige Wochen warten und versuchen, ob sich Möglichkeiten ergeben, mit Paris oder Petersburg zu sprechen. Gelingt dies nicht, dann müssen wir noch rechtzeitig unsere letzte Karte ausspielen und jene äußersten Propositionen machen, die ich im Früheren angedeutet habe.

Euer Majestät haben den Beweis erbracht, daß sie nicht egoistisch denken, und den deutschen Bundesgenossen kei Opfer zumuten, welches Euer Majestät nicht selbst zu tragen bereit wären. Mehr kann niemand verlangen.

Gott und Ihren Völkern aber sind es Euer Majestät schuldig, alles zu versuchen um die Katastrophe eines Zusammenbruches der Monarchie zu verhindern; vor Gott und Ihren Völkern haben Euer Majestät die heilige Pflicht, Ihre Völker, das dynastische Prinzip und ihren Thron zu verteidigen mit allen Mitteln und bis zu Ihrem letzten Atemzug."

In tiefster Ehrfurcht

Czernin.

Wien, 12. April 1917.

Daraufhin erfolgte eine vom 9. Mai datierte Antwort der deutschen Regierung, welche neuerdings das absolute Vertrauen in das Gelingen des Unter-

seebootkrieges betonte, die prinzipielle Bereitwilligkeit zu Friedensschritten zwar aussprach, jedoch vor Schritten warnte, welche als Schwäche gedeutet werden könnten.

An territorische Opfer Deutschlands war nicht zu denken.

Aber wir haben uns, wie das aus diesem Berichte erhellt, nicht bloß auf Worte beschränkt. Im Jahre 1917 haben wir in Berlin erklärt, daß Kaiser Karl bereit sei, Galizien mit Polen vereinigen zu lassen, sowie alles dafür zu tun, damit dieses Reich an Deutschland angegliedert werde, für den Fall, daß Deutschland durch territoriale Konzessionen im Westen den Frieden ermögliche. Wir stießen auf ein „non possumus“ und die Antwort Deutschlands, territoriale Konzessionen an Frankreich seien ausgeschlossen.

Es handelte sich bei diesem Vorschlag um ganz Galizien; ich hatte aber die feste Zuversicht, daß bei Gelingen dieses Planes Deutschland die Rechte der Ukrainer schützen werde — und dann hätte mich allerdings die Rücksicht auf die Ukrainer auch nicht abgehalten, wenn es den höchsten Preis, den des Friedens gegolten hätte.

Als ich sah, daß die Möglichkeit, die Berliner Regierung zu unserer Auffassung zu bewegen, immer unwahrscheinlicher werde, versuchte ich noch andere Wege. Die Reise der Sozialistenführer nach Stockholm ist bekannt. Es ist richtig, daß die Sozialisten nicht von mir „geschickt“ wurden, die Sozialisten sind aus eigenem Antriebe und auf eigene Verantwortung nach Stockholm gereist, aber es ist ebenso richtig, daß ich die Möglichkeit gehabt hätte, ihnen die Pässe zu verweigern, wenn ich den gleichen Standpunkt eingenommen hätte, wie die Regierungen der Entente und zahlreiche Herren der Monarchie. Gewiß war ich damals sehr skeptisch, weil ich bereits voraussah, daß die Entente ihren Sozialisten die Pässe verweigern werde und daß daher nur ein Rumpfparlament zustandekommen werde. Aber trotz aller Vorwürfe, die mir gemacht worden sind, und trotz der Argumentation, daß die den Frieden bringenden Sozialisten eine ungeheure Macht über den Staat erhalten würden, was nicht im Interesse des monarchischen Prinzipes liegen könne, habe ich keinen Augenblick geschwankt, diesen Weg zu betreten und an dem Versuch nie etwas anderes bedauert, wie, daß er zu keinem Resultate geführt hat. Es berührt mich erheiternd, wenn ich manche der Briefe, die ich damals erhielt und welche mein angeblich „sozialistisches Vorgehen“ auf das brutalste kritisierten, heute wieder überlese und konstatiere, daß dieselben Herren, welche damals so aufgeregt über meinen Schritt waren, heute eine Kritik anschlagen, welche behauptet, ich sei in neuen Mitteln zur Erreichung des Friedens zu „engherzig“ gewesen.

Einen schweren Kampf hatte bekanntlich im Frühherbst 1917 die Mehrheit des deutschen Reichstages gegenüber der an Anzahl schwächeren, dafür durch ihre Beziehungen zur deutschen Heeresleitung so mächtigen Minorität, im Gegenstande der Antwort auf die Papstnote, zu bestehen. Auch hier waren wir keine müßigen Zuschauer. Einer meiner Freunde hatte auf mein Ersuchen mehrere Unterredungen mit den Herren Südekum und Erzberger und bestärkte sie durch meine Schilderung unserer Lage in ihren Bestrebungen zur Erreichung der bekannten Friedensresolution. Es war auf Grund dieser Schilderungen, daß die beiden genannten Herren die Reichstagsresolution für einen Verständigungsfrieden durchsetzten, jene Resolution, welche so viel Hohn und Spott von seiten der Alldeutschen und anderer Elemente geerntet hat. Ich hoffte damals einen Augenblick, im deutschen Reichstag einen dauernden und kräftigen Verbündeten gegen die Eroberungspläne der Militärs zu finden.

Ich könnte die Beispiele noch mehren. Die Zeit wird den Beweis erbringen, daß wir mit allen Mitteln der Überredung, der Selbstentsagung und der Drohung gegen die deutschen Siegfriedenspläne gearbeitet haben. Wir waren aber außerstande weiterzugehen. Ein bewaffneter Konflikt mit Deutschland wäre das sofortige und definitive Debakel gewesen. Niemand konnte dies unternehmen. Denn immer blieb die Hoffnung bestehen, daß doch noch ein Moment kommen werde, in welchem es gelingen könne, die deutschen Militärs auf unseren Standpunkt zu bringen.

Unsere Abhängigkeit von der deutschen Politik kam besonders in den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk zum Ausdruck. Ich habe über die Brester Verhandlungen ein Protokoll aufnehmen lassen, welches den ganzen Entwicklungsgang enthält und ich werde mir gestatten, dasselbe hier vorzulesen, trotz des trockenen Tones, in welchem dasselbe abgefaßt ist. Es sind die konkreten Daten besser aus diesem Schriftstück ersichtlich, als aus einer freien Rede:

„Die österreichisch-ungarische Regierung ging mit der Absicht zu den Friedensverhandlungen nach Brest-Litowsk, dort so rasch als möglich zu einem Friedensvertrage zu gelangen, der, wenn er entgegen unserer Absicht nicht zum allgemeinen Frieden führen sollte, doch wenigstens nach dem Osten hin geordnete Verhältnisse zu schaffen hätte. Es wurde auch der Entwurf zu einem Präliminarfrieden nach Brest mitgenommen, der folgende Punkte enthielt:

1. Einstellung der Feindseligkeiten; wenn es nicht zum allgemeinen Frieden kommen sollte, gewährt keiner der vertragschließenden Teile den Feinden des anderen Teiles irgend welche Unterstützung;

2. keine Gebietsabtretung; Polen, Kurland und Livland erhalten das Recht, ihr künftiges Schicksal selbst zu bestimmen;

3. keine Entschädigung für Kriegskosten und für Schäden, die durch militärische Operationen verursacht sind;

4. Einstellung des Wirtschaftskrieges und Gutmachung der durch den Wirtschaftskrieg verursachten Schäden von Privatpersonen;

5. Aufnahme des Handelsverkehres und zwar provisorisch auf Grund des alten Handelsvertrages und 20jährige Meistbegünstigung mit einer Einschränkung bezüglich der mit Nachbarländern etwa geschlossenen Zollbündnisse;

6. gegenseitige Aushilfe in Rohstoffen und Industrieartikeln.

In Aussicht genommen war ein weiterer Punkt über die Räumung der besetzten Gebiete, dessen Formulierung jedoch bis nach Besprechung mit der deutschen Obersten Heeresleitung aufgeschoben wurde, mit der wegen der Vermischung deutscher und österreichisch-ungarischer Truppen an der russischen Front das Einvernehmen hergestellt werden mußte. Das Armee-Oberkommando hatte für die Räumung eine Frist von mindestens sechs Monaten als notwendig bezeichnet.

Bei Besprechung dieses Entwurfes mit den deutschen Unterhändlern ergaben sich besonders in zwei Punkten große Schwierigkeiten. Die eine betraf die Räumungsfrage. Die deutsche Heeresleitung erklärte kategorisch, daß sie einer Räumung der besetzten Gebiete vor Abschluß des allgemeinen Friedens unter keinen Umständen zustimmen könne. Der zweite Gegensatz tauchte in der Frage der Behandlung der besetzten Gebiete auf. Deutschland bestand nämlich darauf, es solle im Friedensvertrage mit Rußland bloß festgestellt werden, daß Rußland den Völkerschaften auf seinen Gebieten das Selbstbestimmungsrecht gewährt habe und daß diese Nationen von diesem Rechte bereits Gebrauch gemacht haben. Den in unserem Entwurf eingenommenen klaren Standpunkt vermochten wir nicht durchzusetzen, obwohl dieser auch von den anderen Verbündeten geteilt wurde. Immerhin kam bei Redigierung der dann am 25. Dezember 1916 auf die russischen Friedensvorschläge erteilten Antwort unter unserem beharrlichen Drängen eine Kompromißlösung zustande, die wenigstens vorerst den ablehnenden deutschen Standpunkt in diesen beiden Fragen nicht zum Durchbruche kommen ließ. In der Frage der Räumung der besetzten Gebiete wurde deutscherseits das Zugeständnis gemacht, daß über die Zurückziehung einzelner Truppenteile eventuell schon vor dem allgemeinen Frieden Vereinbarungen getroffen werden könnten.

In der Annexionsfrage konnte eine befriedigende Formulierung dadurch erzielt werden, daß sie nur auf den Fall des allgemeinen Friedens abgestellt wurde. Wäre damals die Entente zu einem allgemeinen Frieden bereit gewesen, so wäre das Prinzip „keine Annexionen" vollkommen durchgedrungen.

Obgleich diese von den Vierbundmächten auf die russischen Friedensvorschläge erteilte Antwort den entgegenkommenden Auffassungen Rechnung trug, die von unserer Seite zur Geltung gebracht wurden, war man im deutschen Hauptquartier über die abgegebenen Erklärungen äußerst ungehalten. Verschiedene äußerst scharf gehaltene Telegramme der deutschen Obersten Heeresleitung an die deutschen Unterhändler bewiesen dies. Der Leiter der deutschen Friedensdelegation geriet dadurch in Gefahr, gestürzt zu werden, in welchem Falle wahrscheinlich ein ausgesprochener Exponent der schärfsten militärischen Auffassungen die Leitung der deutschen auswärtigen Politik in die Hände bekommen hätte. Da dies aber auf den weiteren Gang der Friedensverhandlungen nur eine ungünstige Wirkung ausüben konnte, mußte unsererseits alles aufgeboten werden, Herrn von Kühlmann zu halten. Zu diesem Zwecke wurde ihm zur Weitergabe nach Berlin mitgeteilt, daß, wenn Deutschland bei seiner scharfen Politik beharren würde, Österreich-Ungarn sich veranlaßt sehen würde, mit Rußland einen Separatfrieden abzuschließen. Diese Erklärung des Ministers des Äußern ist in Berlin nicht ohne Eindruck geblieben und hat wesentlich dazu beigetragen, daß Kühlmann sich damals behaupten konnte.

Diese schwierige Situation Kühlmanns und dessen Wunsch, seine Stellung wieder zu festigen, machte die Behandlung der Territorialfragen, die am 27. Dezember zum erstenmal offiziell zur Sprache kamen, die aber schon früher in Privatunterredungen mit den russischen Delegierten erörtert worden waren, besonders heikel. Deutscherseits bestand man darauf, daß die damalige russische Front erst ein halbes Jahr nach Abschluß des allgemeinen Friedens geräumt werde. Russischerseits war man bereit, dies anzunehmen, verlangte aber anderseits, daß über das Schicksal Polens erst nach erfolgter Räumung entschieden werde, und zwar im Wege des Plebiszits. Demgegenüber war man auf deutscher Seite geneigt, von dem ursprünglichen Standpunkte, daß nämlich die Bevölkerung der besetzten Gebiete von dem ihr eingeräumten Selbstbestimmungsrechte bereits Gebrauch gemacht habe, abzugehen und eine neue Befragung der Bevölkerung zuzulassen, bestand jedoch darauf, daß diese Befragung noch während der Besetzung der Gebiete stattfinden solle. In dieser Frage konnte ein Ausweg nicht gefunden werden, obwohl von österreichisch-ungarischer Seite wiederholt vermittelnd eingegriffen wurde. In diesem Stadium befanden sich

die Verhandlungen, als sie am 29. Dezember zum erstenmal unterbrochen wurden.

Bei Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen am 6. Jänner war die Lage wenig verändert. Die Stellung Kühlmanns hatte sich allerdings einigermaßen gefestigt, doch nur um den Preis eines Entgegenkommens an den Standpunkt der deutschen militärischen Kreise. Unter diesen Verhältnissen führten die Verhandlungen, an denen auf russischer Seite nunmehr als Wortführer Trotzkyj teilnahm, zu durchaus unfruchtbaren, theoretischen Diskussionen über die Territorialfragen und das Recht, der Selbstbestimmung, die keine Annäherung der beiderseits starr festgehaltenen Standpunkte bewirken konnten. Um die Verhandlungen über den toten Punkt hinwegzubringen, war man österreichischerseits fortgesetzt bemüht, ein Kompromiß zwischen dem deutschen und dem russischen Standpunkt herbeizuführen, dies um so mehr, als es uns im allgemeinen und speziell auch wegen Polens durchaus erwünscht gewesen wäre, die Territorialfragen auf Grund des vollständigen Selbstbestimmungsrechtes zu lösen. Unsere Vorschläge an die deutschen Unterhändler gingen dahin, dem russischen Standpunkt in der Weise entgegenzukommen, daß das von den Russen verlangte Plebiszit zwar, wie es deutscherseits verlangt wurde, noch während der Besetzung der okkupierten Gebiete stattfinden, aber mit weitgehenden Bürgschaften für die Freiheit der Willensäußerung der Völker ausgestattet werden solle. Hierüber fanden mit den deutschen Unterhändlern wiederholte langwierige Verhandlungen statt, denen von uns detailliert ausgearbeitete Entwürfe zugrunde lagen.

Diesen unseren Bemühungen blieb jedoch diesmal der Erfolg ganz versagt. Ereignisse, die sich in diesen Tagen in unserem Hinterlande abspielten, bilden die Gründe hiefür, ebenso wie für den Verlauf der inzwischen eingeleiteten Verhandlungen mit der ukrainischen Delegation. Diese hatte in der ersten Besprechung unter Ablehnung jeder Auseinandersetzung mit polnischen Vertretern die Zuerkennung des ganzen Cholmer Landes und etwas verblümter die Abtretung Ostgaliziens sowie der ukrainischen Gebiete nordöstlich Ungarns verlangt, so daß die Verhandlungen knapp vor dem Abbruche standen. In diesem Augenblicke brach in Österreich eine bis dahin dem Ministerium des Äußern in dieser Schärfe nicht bekannte Ernährungskrise aus, welche speziell Wien in Gefahr brachte, binnen wenigen Tagen ohne Mehl dazustehen. Fast unmittelbar darauf setzte eine Streitbewegung ein, welche bedrohlichen Charakter hatte. Diese Vorgänge im Hinterlande der Monarchie schwächten die Stellung des Ministers des Äußern sowohl gegenüber dem deut-

schen Bundesgenossen als auch gegenüber den Verhandlungsgegnern — die er damals beide zu bekämpfen hatte — gerade im kritischesten Augenblicke in einem Maße, das aus der Entfernung kaum richtig abgeschätzt werden konnte. Von Deutschland, auf das er einen Druck ausüben sollte, hatte der Minister des Äußern dringendst Lebensmittelaushilfen nicht anzusprechen, sondern zu erbitten, sollte Wien nicht in wenigen Tagen vor einer Ernährungskatastrophe stehen. Mit den Feinden aber mußte er im Hinblick auf die Situation im Hinterlande zu einem Frieden gelangen, der trotz der den Gegnern nicht verborgen gebliebenen Ernährungskrise und Streikbewegung ein günstiger sein sollte.

Diese vollkommen veränderte Situation verschob die Grundlagen der Verhandlungsziele und Taktik des Ministers des Äußern. Er mußte von Deutschland die verlangte Getreideaushilfe erlangen und daher den politischen Druck auf dieses verringern, anderseits aber die Sowjetdelegierten zur Fortsetzung der Verhandlungen veranlassen und schließlich sehen, unter möglichst akzeptablen Bedingungen auch mit der Ukraine zu einem Frieden zu gelangen, der — wenn möglich — den stets dringender werdenden Ernährungssorgen ein Ende bereiten würde.

Unter diesen Verhältnissen konnte in diesem Zeitpunkte den deutschen Unterhändlern gegenüber der Gedanke nicht mehr ausgespielt werden, daß Österreich-Ungarn gegebenenfalls mit Rußland einen Separatfrieden schließen würde, wollte man nicht die deutsche Lebensmittelaushilfe gefährden — dies um so weniger als der Vertreter der deutschen Obersten Heeresleitung damals erklärte, es sei gleichgültig, ob Österreich-Ungarn Frieden mache oder nicht; Deutschland werde unter allen Umständen nach Petersburg marschieren, falls die russische Regierung nicht nachgebe. Auf der anderen Seite bewog aber der Minister des Äußern den Führer der russischen Delegation, die Ausführung der von ihm kundgegebenen Absicht seiner Regierung in Schwebe zu lassen, welche dahin ging, die russischen Delegierten wegen mangelnder Aufrichtigkeit auf deutsch-österreichisch-ungarischer Seite abzuberufen.

Gleichzeitig wurden die Verhandlungen mit der ukrainischen Delegation fortgesetzt. In langwierigen mühevollen Konferenzen gelang es, deren Forderungen auf ein äußerstenfalls mögliches Maß zu bringen und als Gegenleistung die Verpflichtung der Ukraine zur Lieferung von wenigstens 1,000.000 Tonnen Getreide bis August 1918 zu erwirken. Von der Forderung nach dem Cholmerlande, die wir auf den Weg der Verhandlungen mit Polen gewiesen wissen wollten, waren die ukrainischen Bevollmächtigten nicht abzubringen,

wobei sie offensichtlich die Unterstützung des General Hoffmann besaßen. Überhaupt war man daran, von deutscher militärischer Seite den ukrainischen Forderungen sehr geneigt, polnischen Ansprüchen gegenüber jedoch durchaus ablehnend, so daß wir die von uns wiederholt begehrte Zuziehung polnischer Vertreter zu den Verhandlungen nicht zu erreichen vermochten, dies um so weniger, als auch Trotzkyj sich weigerte, dieselben als gleichberechtigte Kompaszziszenten anzuerkennen. Das einzig erzielbare Ergebnis war, daß die Ukrainer ihre Ansprüche auf Cholmland auf die von einer ukrainischen Majorität bewohnten Gebiete einschränkten und eine Korrektur der nur allgemein festgesetzten Grenzlinie durch eine gemischte Kommission und die Wünsche der Bevölkerung zugestanden, also das Prinzip der nationalen Abgrenzung unter internationalem Schutze akzeptierten. Auf territoriale Ansprüche gegenüber der Monarchie leisteten die ukrainischen Delegierten Verzicht, verlangten aber demgegenüber Sicherstellung der autonomen Entwicklung ihrer Konnationalen in Galizien. Zu diesen beiden schwerwiegenden Konzessionen erklärte sich der Minister des Äußern nur unter der Voraussetzung bereit, daß die Ukraine die von ihr übernommene Pflicht zur Lieferung von Getreide termingemäß erfülle und verlangte die gegenseitige Bindung dieser Leistungen und Gegenleistungen derart, daß bei Nichterfüllung der einen die Gegenverpflichtung erlöschen sollte. Die Formulierung dieser Punkte, welche ukrainischerseits auf die größten Schwierigkeiten stieß, wurde auf einen späteren Zeitpunkt aufgeschoben.

In diesem Stadium der Verhandlungen trat nun eine neue Pause ein, um den einzelnen Delegationen Gelegenheit zu bieten, ihren Regierungen über die bisherigen Ergebnisse zu berichten und deren endgültige Weisungen einzuholen. Der Minister des Äußern begab sich nach Wien und legte allen maßgebenden Stellen den Stand der Verhandlungen dar. Bei diesen Beratungen wurde seiner Politik, mit Rußland und mit der Ukraine auf Grund der in Aussicht genommenen Zugeständnisse zu einem Frieden zu gelangen, zugestimmt. Bei diesen Beratungen wurde auch die Frage behandelt, ob die Monarchie äußerstenfalls mit Rußland einen Separatfrieden schließen sollte, wenn die Verhandlungen mit diesem Staate an den deutschen Forderungen scheitern sollten. Diese Frage wurde damals in voller Erkenntnis aller dagegen sprechenden Gründe in thesi bejaht, da die Verhältnisse im Hinterlande der Monarchie keine andere Lösung zuzulassen schienen.

Bei Wiederaufnahme der Verhandlungen in Brest-Litowsk wurde noch der Versuch erneuert, Deutschland unter Hinweis auf die Konsequenzen seiner starren Haltung zur Nachgiebigkeit zu bewegen. In den Besprechungen, die

hierüber mit Herrn von Kühlmann stattfanden, gelang es mit schwerer Mühe, die Zustimmung der deutschen Unterhändler zu einem letzten Kompromißversuche zu erlangen, den der Minister des Äußern unternehmen wollte. Dem Kompromißvorschlag lag folgender Gedankengang zugrunde:

Seit Monaten wird darüber gestritten:

1. ob in jenen Gebieten, in denen infolge des Krieges staatsrechtliche Veränderungen eintreten sollten, das Selbstbestimmungsrecht bereits ausgeübt sei oder eine Volksbefragung erst stattzufinden habe;

2. ob eine eventuelle Befragung sich an eine Konstituante oder in Form eines Referendums an das Volk direkt wenden solle;

3. ob diese Befragung vor oder nach Evakuierung der besetzten Gebiete vor sich gehen solle und

4. welcher Art sie zu organisieren wäre (allgemeines Wahlrecht, Kurienwahlrecht usw.). Es wäre ratsam und würde auch den von russischer Seite vertretenen Grundsätzen entsprechen, die Entscheidung über alle diese Fragen den Völkern selbst zu überlassen und sie in jene „temporären Selbstverwaltungsorgane" zu verlegen, die auch nach dem russischen Vorschlag (Kameneff) sofort eingesetzt werden sollen. Die ganze Erörterung in den Friedensverhandlungen konnte dann auf einen einzigen Punkt konzentriert werden: auf die Frage der Zusammensetzung dieser temporären Organe. Hier ließe sich aber ein Kompromiß finden, indem Rußland zugeben könnte, daß auch die von Deutschland in den Vordergrund geschobenen schon bestehenden Organe befugt seien, einen Teil des Volkswillens zum Ausdrucke zu bringen, während Deutschland sich einverstanden erklären würde, daß diese Organe während der Dauer der Besetzung durch Elemente ergänzt werden, die, dem russischen Standpunkt entsprechend, aus freier Wahl hervorgehen würden.

Am 7. Februar, unmittelbar nachdem die Zustimmung Herrn von Kühlmanns zu einer Vermittlung auf dieser Grundlage vorlag, wandte sich der Minister des Äußern an den Führer der russischen Delegation, Trotzkyj, mit dem es zu einer Reihe von Konversationen kam. Der eben entwickelte Kompromißgedanke fand bei Trotzkyj wenig Anklang und er erklärte, daß er gegen eine Behandlung der Frage des Selbstbestimmungsrechtes durch die Vierbundmächte jedenfalls Protest einlegen würde. Dagegen ist es in diesen Besprechungen gelungen, eine andere Grundlage für die Beseitigung der aufgetauchten Schwierigkeiten zu finden. Es sollte der Streit darüber nicht länger fortgesetzt werden, ob die territorialen Veränderungen, die der Friedensschluß mit sich bringen würde, als „Annexionen" zu bezeichnen seien, wie es die russischen Delegierten wollten, oder als „Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes", wie

es Deutschland wollte, sondern es sollten die betreffenden territorialen Veränderungen im Friedensvertrag einfach aufgezählt werden. („Rußland nimmt zur Kenntnis, daß . . .") Trotzkyj knüpfte jedoch seine Bereitwilligkeit zum Abschluß eines solchen Vertrages an zwei Bedingungen: Die eine war, daß die Moonsund-Inseln und die Ostseehäfen bei Rußland belassen werden, die andere, daß Deutschland und Österreich-Ungarn mit der ukrainischen Volksrepublik, deren Regierung damals von den Bolschewiken heftig bedroht und nach einzelnen Nachrichten schon gestürzt war, keinen selbständigen Frieden schließen. Der Minister des Äußern war nun bemüht, auch in dieser Frage zu einem Kompromiß zu gelangen, wobei er bis zu einem gewissen Grade die Unterstützung Herrn von Kühlmanns fand, während General Hoffmann sich auf das schärfste gegen jedes weitere Nachgeben wandte.

Alle diese Kompromißverhandlungen scheiterten daran, daß Herr von Kühlmann von der deutschen Obersten Heeresleitung zu einem raschen Vorgehen gezwungen wurde. Ludendorff erkärte, die Verhandlungen mit Rußland müßten binnen drei Tagen zu Ende sein und als in Berlin ein Telegramm aus Petersburg aufgefangen wurde, welches die deutsche Armee zu revolutionieren versuchte, erhielt Herr von Kühlmann den strikten Auftrag, sich nicht nur mit den bisher verlangten Abtretungen zu begnügen, sondern dazu auch noch die Abtretung der unbesetzten Gebiete Livlands und Estlands zu verlangen. Unter diesem Druck hatte der Führer der deutschen Unterhändler nicht die Kraft, ein Kompromiß durchzusetzen. Es kam daher zur Unterzeichnung des inzwischen mühevoll zu Ende verhandelten Vertrages mit der Ukraine. Damit schienen die Bemühungen des Ministers des Äußern eigentlich schon gescheitert. Dennoch setzte dieser seine Besprechungen mit Trotzkyj fort, die jedoch fruchtlos blieben, weil dieser ihn trotz wiederholt an ihn gerichteter Fragen bis zum letzten Moment im unklaren darüber ließ, ob er unter den gegebenen Verhältnissen einen Frieden mit den Vierbundmächten überhaupt unterzeichnen werde oder nicht. Erst die Plenarsitzung vom 10. Februar brachte Klarheit hierüber; Rußland stellte die Feindseligkeiten ein, schloß aber keinen Friedensvertrag.

Die durch diese Erklärungen geschaffene Situation bot keinen Anlaß, den seinerzeit ventilierten Gedanken eines Separatfriedens mit Rußland aufzunehmen, da der Friede via facti einzutreten schien. Eine am Abend des 10. Februar stattgefundene Besprechung der diplomatischen und militärischen Unterhändler Österreich-Ungarns und Deutschlands über den nunmehr einzuschlagenden Weg ergab, von einer einzigen Stimme abgesehen, Übereinstim-

mung dahin, daß der durch die Erklärungen Trotzkyjs geschaffene Zustand akzeptiert werden müsse. Die einzig abweichende Stimme, jene des Generals Hoffmann, lautete dahin, daß die Erklärung Trotzkyjs mit der Kündigung des Waffenstillstandes und mit dem Vormarsch gegen Petersburg, ferner mit der offenen Unterstützung der Ukraine gegen Rußland beantwortet werden müsse. Obgleich nun in der feierlichen Schlußsitzung am 11. Februar Herr von Kühlmann sich den von der Majorität der Friedensdelegationen vertretenen Standpunkt zu eigen machte und in einer sehr eindrucksvollen Rede hervorhob, wurde doch wenige Tage darauf, so wie es General Hoffmann ausgeführt hatte, der Waffenstillstand von deutscher Seite gekündigt, der Vormarsch der deutschen Truppen gegen Rußland angeordnet und jene Situation geschaffen, welche dann zur Unterzeichnung des Friedensvertrages führte. Österreich-ungarischerseits wurde erklärt, daß wir an dieser Aktion nicht mitbeteiligt seien."

Auch über die Bukarester Verhandlungen habe ich ein Protokoll aufnehmen lassen. In Bukarest waren es in erster Linie die ungarischen Aspirationen, welche mir die größten Schwierigkeiten machten und den von mir beabsichtigten Verständigungsfrieden erschwerten. Auch die deutsche Militärpartei mit ihrem unstillbaren Appetit hat in wirtschaftlicher Beziehung den Frieden mit Rumänien erschwert, aber die hauptsächlichste Schwierigkeit kam in Bukarest von Ungarn.

Redner liest:

„Mit der Möglichkeit, zu Friedensverhandlungen mit Rumänien zu gelangen, wurde schon damals gerechnet, als die Verhandlungen mit der russischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk ihren Anfang nahmen. Um zu verhindern, daß auch Rumänien sich diesen Verhandlungen anschließe, ließ man deutscherseits die rumänische Regierung wissen, daß man mit dem gegenwärtigen König und der gegenwärtigen Regierung nicht verhandeln wolle. Dieser Schritt hatte jedoch nur den Zweck, gesonderte Verhandlungen mit Rumänien zu ermöglichen, da Deutschland befürchtete, daß die Einbeziehung der Rumänen in die Brester Verhandlungen die Chancen des Friedens gefährden könnte. Daraufhin schien der Gedanke Rumäniens, den Krieg dennoch fortführen zu wollen, die Oberhand zu gewinnen. Ende Jänner wurde daher seitens Österreich-Ungarns die Initiative ergriffen, um die Verhandlungen mit Rumänien zu ermöglichen. Der Kaiser schickte den früheren Militärattaché bei der rumänischen Regierung, Oberst Randa, zu dem König von Rumänien und versicherte ihn seiner Bereitwilligkeit, Rumänien einen ehrenvollen Frieden zu bewilligen."

Redner fährt fort:

Als die Vertreter der Zentralmächte zu den Friedensverhandlungen in Rumänien eintrafen, wurden sie daselbst von der Nachricht überrascht, daß die deutsche Oberste Heeresleitung die Truppen bereits abzuziehen beginne, da dieselben an der Westfront unbedingt notwendig seien. Das berühmte Rennen zwischen Hindenburg und Wilson hatte begonnen. Wir standen daher vor folgender Situation: Der Friede war unbedingt, und zwar so rasch als möglich zu schließen, denn wenn die Rumänen von dem Abrollen der Truppen Kenntnis erhielten, so wäre ihr Widerstand selbstverständlich sehr verstärkt worden. Auf der anderen Seite stand die rumänische Armee in sehr starken Stellungen, der Geist derselben war ein ausgezeichneter und unbedingt für die Fortsetzung des Krieges. Die rumänische Armee rechnete nicht darauf, selbst zu siegen, aber sie war überzeugt, sie würde sich noch einige Zeit halten können und damit früher oder später an dem Sieg der Entente teilnehmen. Der letzte Angriff der deutschen Truppen bei Maracești hatte mit einer deutschen Niederlage geendet und die Moral des rumänischen Heeres entschieden gehoben. Kurz gesagt, unsere Aufgabe war also die: So rasch wie irgend möglich zum Frieden zu kommen und dabei doch wenigstens zu einem gewissen Grade die Ansprüche der Ungarn zu befriedigen, sollte nicht eine interne ungarische Krise die Folge sein.

Redner liest:

„Von ungarischer Seite wurde im Zusammenhang mit den Friedensverhandlungen der Wunsch nach Grenzrektifikationen, die eine Wiederholung des 1916er Einfalles der Rumänen in Siebenbürgen verhindern oder wenigstens erschweren sollten, trotz des Widerspruches des Minister des Äußern kategorisch erhoben. Die vom Armee-Oberkommando, welches übrigens friedensstörende Eingriffe unterließ, gezogene strategische Grenze, verlief in einer Linie, bei welcher Turn-Severin, Sinaia, Ocna und mehrere wertvolle Erdölgebiete in der Moldau an Ungarn abzutreten gewesen wären. In der ungarischen öffentlichen Meinung wurden noch weitergehendere Wünsche vertreten. Die ungarische Regierung war der Ansicht, daß das Parlament einem Frieden der in diesem Punkte den allgemeinen Wünschen nicht entspricht, die größten Schwierigkeiten machen würde und führende ungarische Staatsmänner, auch oppositionelle Parteien, erklärten die Grenzrektifikationen als eine conditio sine qua non des Friedens. So vor allem Wekerle und Tisza. Trotz dieser entschiedenen Stellungnahme nahm das Ministerium des Äußern in vollem Einvernehmen mit dem Kaiser noch vor Beginn der Verhandlungen, Mitte Februar, den Standpunkt ein, daß die Grenzforderung kein Hindernis für den Friedensschluß sein dürfte. Die Grenzrektifikationen sollten daher nur insofern ernstlich vertreten werden, als dies auf Grund einer loyalen, ein künftiges freundschaftliches

Verhältnis zu Rumänien nicht ausschließenden Verständigung mit Rumänien geschehen könne.

Ungarn betrachtete diese nachgiebige Haltung des Ministeriums des Äußern mit steigendem Mißfallen. Es wurde von uns darauf hingewiesen, daß eine Grenzlinie, bei welcher Städte und Erdölgebiete an Ungarn fallen würden, in jeder Hinsicht verfehlt wäre. Innerpolitisch, weil dadurch die Zahl der Nicht-Ungarn vermehrt würde, militärisch, weil dadurch in dem an die Moldau grenzenden Teile Ungarns ein Grenzstreifen mit unzuverlässiger rumänischer Bevölkerung entstehen würde und endlich vom Standpunkte der auswärtigen Politik, weil es sich dabei um Annexionen und um ein Hin- und Herschieben von Völkern handelt und weil dadurch überdies jedes freundschaftliche Verhältnis zu Rumänien zur Unmöglichkeit würde. An der ursprünglich ins Auge gefaßten Grenzlinie mußte trotzdem noch eine Zeit festgehalten werden, weil die Frage zur Herbeiführung eines den Mittelmächten freundlicheren Regimes in Rumänien ausgenützt werden sollte. Der Minister des Äußern suchte besonders dahin zu wirken, daß ein Kabinett Marghiloman zustande komme, welches eine uns freundliche Politik inaugurieren sollte. Er glaubte, daß mit einem solchen Kabinett ein Verständigungsfriede leichter zustande kommen werde und war auch entschlossen, einen solchen Frieden durch weitgehende Zugeständnisse zu ermöglichen, vor allem auch dadurch, daß er ihm seine diplomatische Unterstützung in der beßarabischen Frage zusicherte. Er erklärte Marghiloman und gab ihm dies auch schriftlich, daß er einem Kabinett, an dessen Spitze er treten würde, weitgehende Zugeständnisse machen und insbesondere auf die Abtretung bevölkerter Plätze, wie Turn-Severin und Ocna, verzichten würde. Als das Kabinett Marghiloman zustande kam, wurden dann auch die Grenzforderungen Österreich-Ungarns trotz des lebhaften Widerspruches der ungarischen Regierung um etwas mehr als die Hälfte reduziert. Die Unterhandlungen mit Rumänien spitzten sich besonders in der Frage der Orte Azuga und Busteni sowie in der Frage des Lotrugebietes zu. Am 24. März bereitete Graf Czernin diesen Verhandlungen ein Ende, indem er erklärte, er sei bereit, auf Azuga und Busteni vollständig und daneben auch auf die Hälfte des strittigen Lotrugebietes zu verzichten, wenn Marghiloman bereit wäre, die Grenzfrage auf dieser Grundlage zu regeln. Marghiloman erklärte sich mit diesem Kompromiß einverstanden. Am nächsten Tage wurde dasselbe jedoch von der ungarischen Regierung abgelehnt und erst nach neuerlicher telegraphischer Berührung mit dem Kaiser und Wekerle konnte die Zustimmung aller kompetenten Faktoren zu dem Kompromiß erlangt werden, das übrigens in Ungarn von weiten Kreisen als unzulänglich betrachtet wurde." Redner fährt fort. Das

Prokoll über Bukarest ist zu lang, um es hier in seiner Gänze vorzutragen. Ich lasse es jedoch dem Drucke meiner Rede als Beilage beifügen. Nun noch ein Wort über den türkisch-bulgarischen Streit.

„Es muß betont werden, daß Bulgarien auf Grund eines alten Vertrages mit den Zentralmächten, ein Vertrag, der noch auf Kaiser Franz Josef zurückreicht, ein Recht auf einen Teil der Dobrudscha hatte. Der übrige, der nördliche Teil, welchen es so stürmisch verlangte, war ihm niemals zugesagt worden.

Was den türkisch-bulgarischen Streit anbelangt, so entstand derselbe daraus, daß die Türkei erklärte, sie habe mit bedeutenden Truppenmassen an der Eroberung der Dobrudscha teilgenommen und sie könne nicht zugeben, daß dieses Land nunmehr in seiner Gänze an Bulgarien falle und sie selbst, die Türkei, vollständig leer ausgehe. Sie verlange daher als Belohnung für ihre bei der Eroberung der Dobrudscha geleistete Hilfe die Rückerstattung jenes Gebietes, welches sie an Bulgarien zur Zeit des bulgarischen Kriegseintrittes abgetreten hatte. Man konnte diesem Standpunkt unmöglich alle Berechtigung absprechen. Die Verhandlungen zwischen Talaat Pascha und Radoslawow gestalteten sich ungemein schwierig, weil keiner der beiden Staatsmänner dem anderen nachgeben wollte. Kühlmann und meine Wenigkeit waren bei diesen Verhandlungen nur die Vermittler und schließlich gelang es, die beiden Streitteile auf jene Form zu einigen, welche in dem Friedensvertrag ihren Ausdruck gefunden hat.

Aus den vorliegenden Protokollen von Brest und Bukarest erhellt, daß ich in Brest durch den reichsdeutschen und in Bukarest durch den ungarischen Widerstand von meiner Linie abgedrängt worden bin. Das leugne ich keinen Augenblick. Ich hatte in beiden Fällen die Wahl, zu bleiben und durch mein Eingreifen die Gegensätze möglichst zu mildern, oder zu gehen und dadurch in diesen Momenten die Situation noch mehr zu komplizieren. Ich habe in Brest die erstere Eventualität gewählt, weil ich der Ansicht war, daß ein Wechsel die Schwierigkeiten und Schärfen nicht gemildert, sondern verstärkt hätte. Das gilt für Brest. In Bukarest zog ich die zweite Konsequenz, weil ich die Überzeugung gewann, daß die Kräfte, die sich gegen mich verschworen hatten, es mir unmöglich machen würden, mein Ziel zu erreichen.

Ich möchte jetzt, meine Herren, noch einige Worte verlieren über den unglückseligen U-Bootkrieg, welcher zweifellos der Anfang vom Ende war, und ich möchte die Gründe, die uns in diesem, wie in manchem anderen Falle gegen unsere Überzeugung zwangen, dieser Taktik zuzustimmen, erklären. Bald nach meiner Amtsübernahme begann in deutschen Köpfen der Gedanke des unbeschränkten U-Bootkrieges zu spuken. Der Hauptverfechter dieser Idee war

der Admiral Tirpitz. Es muß zur Ehre des früheren Reichskanzlers Bethmann-Hollweg gesagt werden, daß er sich lange ablehnend verhielt und mit allen Mitteln und Argumenten gegen dieses gefährliche Mittel opponierte. Schließlich ist er unterlegen, wie in diesem Kriege alle Politiker den Militärs unterlegen sind. Zu uns kam damals der Admiral Holtzendorff und in stundenlangen Debatten wurde die Frage von allen Seiten beleuchtet. Meine damaligen Ministerkollegen Tisza und Clam sowohl wie meine Wenigkeit, waren mit Kaiser Karl in der Ablehnung dieses Vorschlages vollständig einig, und rückhaltlos zugestimmt hat dem Gedanken nur der damalige Admiral Haus. Es muß hier konstatiert werden, daß die deutsche Motivierung nicht so sehr darauf ging, England durch Hunger zu besiegen, sondern darin gipfelte, daß die Westfront nicht zu halten sei, wenn die amerikanischen Munitionstransporte nicht versenkt würden, daß also ein rein technisch-militärisches Moment in den Vordergrund geschoben wurde. Ich habe damals ernstlichst die Absicht ventiliert, uns in dieser Frage von Deutschland zu trennen und die geringe Zahl unserer U-Boote hätte unser Nichtmitmachen kaum bemerkbar gemacht. Aber ein anderer Umstand fiel in die Wagschale. Sollte der U-Bootkrieg in den nördlichen Gewässern mit Erfolg geführt werden, dann mußte er gleichzeitig in dem Mittelmeere einsetzen. Blieb dieses frei, so wären die Transporte über Italien, Frankreich und Dover nach England gegangen und hätten den nördlichen U-Bootkrieg paralysiert. Um aber den U-Bootkrieg in der Adria führen zu können, mußten wir den Deutschen unsere Stützpunkte wie Pola, Triest und Cattaro überlassen. Taten wir dies, so machten wir de facto den U-Bootkrieg mit. Unterließen wir es, so fielen wir damit Deutschland in den Rücken und verhinderten ihren U-Bootkrieg, das heißt wir kamen in direkten Konflikt mit Deutschland. So gaben wir zu diesem Vorschlag mit schwerem Herzen unsere Einwilligung, nicht gewonnen durch die Argumente, aber bezwungen durch die Ohnmacht, anders handeln zu können.

Nun, meine Herren, ich eile zum Schlusse: Ich werde nur noch mit einem kurzen Wort die Gegenwart berühren. Von Zeit zu Zeit gehen Nachrichten durch die Blätter, daß Herren sich in der Schweiz befänden, um dort einen Putsch vorzubereiten. Und auch ich wurde unter den Namen dieser Männer genannt. Ich bezweifle, daß irgend etwas Wahres an dieser Sache ist, was meine Wenigkeit anbetrifft, so sind die Nachrichten falsch, denn ich habe die Monarchie seit neun Monaten nicht verlassen. Da jedoch meine diesbezügliche Richtigstellung auch wieder Mißverständnisse ausgelöst zu haben scheint, so möchte ich meinen Standpunkt hier kurz und ich glaube klar präzisieren: Ich bin der größte Gegner eines jeden Putschversuches. Ich bin überzeugt, daß ein jeder Putschversuch nur

den Bürgerkrieg auslöst und das kann niemand wünschen. Ich bin daher der Meinung, daß die republikanische Staatsform unberührt bleiben muß, bis das deutschösterreichische Volk in seiner Gesamtheit seinen Entschluß gefaßt hat. Erst das deutsche Volk kann aber definitiv darüber entscheiden. Weder die monarchische noch die republikanische Staatsform sind an und für sich Dogmen der Demokratie. Das Königreich England ist ebenso demokratisch, wie die republikanische Schweiz. Ich kenne kein Land, in dem man so frei lebt, als in England. Aber ein Dogma der Demokratie ist es, daß das Volk selbst bestimmt, wie es regiert werden will, und daher wiederhole ich, kann erst die Konstituante das entscheidende Wort sprechen. Ich glaube, daß ich mich in dieser Auffassung vollkommen auf der gleichen Linie bewege, wie die heutige Regierung. Um den Willen des Volkes zu erfahren, gibt es zwei Wege: Entweder ein jeder Kandidat der Konstituante kandidiert auf das monarchische oder republikanische Programm und dann kann die Konstituante selbst durch ihre Majorität die Entscheidung treffen, oder die Frage Monarchie oder Republik wird durch ein Plebiszit entschieden. Es ist bekannt, daß ich persönlich so schwere Konflikte mit dem früheren Kaiser gehabt habe, daß ein Zusammenarbeiten von uns beiden für alle Zeiten ein Ding der Unmöglichkeit ist. Man kann also nicht glauben, daß ich aus persönlichen Gründen für das frühere Regime eingenommen sei. Aber ich jongliere nicht mit dem Begriff der Demokratie, und ihr Wesen verlangt es, daß das Volk selbst die Entscheidung treffe. Ich glaube, daß die Majorität Deutschösterreichs gegen das frühere Regime ist, und wenn sie dies ausgesprochen hat, dann ist der demokratischen Forderung Genüge getan.

Damit, meine Herren, bin ich am Ende dessen angelangt, das Ihnen vorzutragen ich mir vorgenommen hatte. Ich habe vergeblich versucht, gemeinsam mit Deutschland einen Frieden zu erreichen. Aber nicht vergeblich war mein Streben, den Deutschösterreichern jene entsetzliche Eventualität zu ersparen, auch noch in einen bewaffneten Konflikt mit Deutschland zu kommen. Das kann ich sagen, ohne Überhebung sagen, ich habe dieses deutsche Bündnis verteidigt, wie mein eigenes Kind, und ich weiß nicht, was geschehen wäre, wenn ich dies nicht getan hätte. Die Extratour Andrassys im letzten Moment hatte auch der weiten Öffentlichkeit gezeigt, wie nahe die Gefahr eines Krieges mit Deutschland war, denn dasselbe Experiment sechs Monate früher unternommen, war der Krieg mit Deutschland, hieß Österreich zum Kriegsschauplatze machen.

Dem deutschen Volke stehen böse Jahre bevor. Aber ein Millionenvolk kann nicht untergehen und wird nicht untergehen. Der Tag wird kommen, an welchem die Wunden dieses Krieges zu heilen und zu vernarben beginnen und das wird der Tag sein, an welchem eine bessere Zukunft anbricht.

Die Armeen Österreichs sind seinerzeit ausgezogen, um Österreich zu retten. Sie haben es nicht retten können. Aber wenn aus diesem Meer von Blut und Leiden eine bessere, freiere, edlere Welt entsteht, dann sind sie nicht umsonst gestorben, alle unsere Lieben, die da draußen liegen in der fremden kalten Erde; dann sind sie gestorben für das Glück, den Frieden und die Zukunft der kommenden Generationen!

Beilage.

Protokoll

über die Bukarester Friedensverhandlungen.

Eine zweite Forderung Österreich-Ungarns, die in den Bukarester Verhandlungen eine gewisse Rolle spielte, bezog sich auf den Plan, ein Wirtschaftsbündnis zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien abzuschließen. Für diese Forderung interessierte sich besonders die österreichische Regierung, welche für die Grenzforderungen, obgleich sie teilweise auch Österreich zugute kamen, kein Interesse hatte, sich im Gegenteil eher ablehnend zu ihnen verhielt. Der Plan eines solchen Wirtschaftsbündnisses stieß jedoch in Ungarn auf Schwierigkeiten. Unmittelbar vor Beginn der Bukarester Verhandlungen wurde ein Versuch unternommen, diesen Widerstand der ungarischen Regierung zu überwinden und ihre Zustimmung dazu zu erlangen, daß wenigstens bedingungsweise, für den Fall der Verwirklichung des geplanten Zollbündnisses mit Deutschland auch ein Wirtschaftsbündnis mit Rumänien ins Auge gefaßt werde. Diese Zustimmung war jedoch damals nicht zu erlangen. Die ungarische Regierung behielt es sich vor, zu der Frage später Stellung zu nehmen und verständigte am 8. März ihre Vertreter in Bukarest, daß sie den Plan ablehnen müsse, weil das künftige wirtschaftliche Verhältnis zu Deutschland sich noch nicht überblicken lasse. Infolgedessen konnte diese Frage in den Friedensverhandlungen vorerst keine Rolle spielen und man mußte sich damit begnügen, die maßgebenden rumänischen Persönlichkeiten lediglich privat zu sondieren, wie sie sich zu einem solchen Vorschlag verhalten würden. Die Anregung wurde auf rumänischer Seite im allgemeinen günstig aufgenommen und man stellte sich auf den Standpunkt, daß ein solches Wirtschaftsbündnis im Interesse Rumäniens durchaus wünschenswert wäre. Infolgedessen wurde während der Pause, die nach der Paraphierung der Friedensabmachungen zu Ostern in den Verhandlungen eintrat, der Versuch

wieder aufgenommen, den Widerstand der ungarischen Regierung zu überwinden, diese Verhandlungen waren jedoch noch im Zuge, als der Minister des Äußern von seinem Amte zurücktrat.

Auf deutscher Seite wurde schon vor Beginn der Bukarester Verhandlungen in Aussicht genommen, Rumänien in den Friedensverhandlungen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiete, eine Reihe von Verpflichtungen aufzuerlegen, die eine Art indirekter Kriegsentschädigung bilden sollten. Zunächst war beabsichtigt, die Okkupation der Walachei noch fünf bis sechs Jahre nach dem allgemeinen Friedensschluß aufrechtzuhalten. Dann sollte Rumänien seine Petroleumgebiete, seine Eisenbahnen, seine Hafenplätze, seine Domänen deutschen Gesellschaften zu Eigentum abtreten und sich auch eine dauernde Kontrolle seiner Finanzen gefallen lassen. Österreichisch-ungarischerseits wurden diese Forderungen von Anbeginn an bekämpft mit der Motivierung, daß mit einem wirtschaftlich so vollständig ausgeplünderten Rumänien freundschaftliche Beziehungen unmöglich sein werden, Österreich-Ungarn aber darauf angewiesen sei, mit Rumänien in guter Freundschaft zu leben. Besonders nachdrücklich und nicht ganz ohne Erfolg wurde dieser Standpunkt in einer am 5. Februar bei einer beim Reichskanzler stattgefundenen Konferenz vertreten. Mitte Februar wandte sich der Kaiser mit einer persönlichen Depesche an den deutschen Kaiser, um vor diesen Plänen, die dem Abschluß eines Friedens hinderlich sein könnten, zu warnen. Den Rumänen wurden diese Forderungen erst in einem relativ späten Stadium der Verhandlungen, erst nach der Ernennung Marghilomans, mitgeteilt. Bis dahin bildeten diese Fragen den Gegenstand unausgesetzter Erörterungen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn. Letzteres war anhaltend bemüht, die Forderungen Deutschlands zu mildern, nicht nur im Interesse der Erreichung eines Verständigungsfriedens, sondern auch, weil ein Fußfassen Deutschlands in Rumänien in dem ursprünglich beabsichtigten Umfang für die österreichisch-ungarischen wirtschaftlichen Interessen nachteilig gewesen wäre. Die Forderungen, die ursprünglich bezüglich der rumänischen Eisenbahnen und der Domänen ins Auge gefaßt waren, wurden denn auch deutscherseits fallen gelassen und auch der Plan einer Abtretung der rumänischen Hafenplätze wurde in den Plan einer rumänisch-deutsch-österreichisch-ungarischen Hafenbetriebsgesellschaft verwandelt, die übrigens schließlich nicht zustande kam. Auch in der Petroleumfrage wurde nicht mehr von einer Abtretung, sondern von einer 90jährigen Pacht der staatlichen Erdölterraine und von der Errichtung einer unter deutscher Leitung stehenden Handelsmonopolgesellschaft für Erdöl gesprochen. Endlich wurde ein Wirtschaftsabkommen angebahnt, welches die landwirtschaftlichen Produkte Rumäniens für eine Reihe von Jahren den Zentralmächten sichern sollte. Die

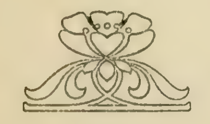
Idee einer ständigen Kontrolle Deutschlands über die rumänischen Finanzen wurde auf österreichisch-ungarischen Widerspruch ebenfalls fallen gelassen. Die Verhandlungen, die mit Marghiloman und seinen Vertretern über diese Fragen geführt wurden, zogen sich stark in die Länge. Besonders große Differenzen gab es bei dem Wirtschaftsabkommen in der Preisfrage; diese konnten erst im letzten Augenblick, vor der am 28. März erfolgten Paraphierung des Vertrages, durch Annahme des rumänischen Standpunktes beseitigt werden. In der Petroleumfrage, in welcher sich die Gegensätze besonders stark zuspitzten, einigte man sich schließlich gegenüber der ablehnenden Haltung der deutschen wirtschaftlichen Unterhändler einerseits und des rumänischen Ministers des Äußern Arion anderseits auf eine Kompromißformel, wonach insbesondere über die auf das Handelsmonopol bezüglichen Bestimmungen des Erdölabkommens neue Verhandlungen stattfinden sollen und der ursprüngliche Entwurf nur in dem Falle in Kraft treten solle, wenn diese Verhandlungen zu keinem Ergebnis führen.

Auch die deutsche Forderung einer Verlängerung der Okkupation um fünf bis sechs Jahre nach dem allgemeinen Frieden spielte in mehreren Stadien der Verhandlungen eine große Rolle und wurde von österreichisch-ungarischer Seite von Anbeginn an entschieden bekämpft. Österreich-Ungarn trat dafür ein, daß man Rumänien durch den Friedensschluß im Prinzipe die gesamte legislative und exekutive Gewalt wiedergeben und sich nur bezüglich einer beschränkten Anzahl von Agenden ein gewisses Kontrollrecht, jedoch nicht über den allgemeinen Frieden hinaus vorbehalten müsse. Zur Unterstützung dieses Standpunktes führte der Minister des Äußern insbesondere an, daß das Aufkommen einer uns freundlichen Regierung in Rumänien (zu jenem Zeitpunkt bestand noch das Kabinett Averescu) unmöglich wäre, wenn wir Rumänien dauernd in unserem Joch halten wollen. Alle unsere Bestrebungen müssen vielmehr darauf gerichtet sein, daß das, was Rumänien gegenüber erreicht werden soll, durch eine Verständigung mit jenen Politikern erreicht werde, die eine den Mittelmächten freundliche Politik zu verfolgen bereit sind. Das Hauptziel unserer Politik, solche Männer in Rumänien ans Ruder kommen zu lassen und ihnen das Verbleiben in der Regierung zu ermöglichen, werde jedoch durch allzu scharfe Forderungen unerreichbar gemacht. Wir würden auf diesem Wege etwas für einige Jahre erreichen und dafür mit der ganzen Zukunft bezahlen. Es gelang uns auch, den deutschen Staatssekretär Kühlmann von der Unrichtigkeit der auf die Verlängerung der Okkupation bezüglichen Forderung, die besonders von der deutschen Obersten Heeresleitung vertreten wurde, zu überzeugen. Tatsächlich erklärte nach dem Rücktritt Averescus Marghiloman, daß diese Forderungen ihm die Bildung eines Kabinetts ganz unmöglich machen würden. Und nachdem man ihm deutscher-

seits erklärte, daß die deutsche Oberste Heeresleitung auf dieser Forderung verharre, willigte er in die Kabinettsbildung erst ein, als sich der österreichisch-ungarische Minister des Äußern verbürgte, daß eine günstige Lösung der Besatzungsfrage gefunden werden wird. Es ist auch dann später gelungen, auch in dieser Frage zu einer Verständigung mit Rumänien zu gelangen.

Zu den entscheidenden Fragen des Friedensschlusses mit Rumänien gehörte endlich die Frage der Abtretung der Dobrudscha, die von bulgarischer Seite so stürmisch gefordert wurde, daß es unmöglich war, darüber hinwegzukommen. Das Ultimatum, das dem Präliminarfrieden von Buftea vorherging, mußte denn auch hauptsächlich auf die Dobrudschafrage abgestellt werden, da Bulgarien bereits über Undankbarkeit der Zentralmächte über die Enttäuschung Bulgariens und über die üblen Folgen dieser Enttäuschung für die spätere Kriegführung sprach. Graf Czernin konnte lediglich durchsetzen, daß den Rumänen für den Fall der Abtretung der Dobrudscha wenigstens eine sichere Zufahrt zum Hafen von Konstanza zugesagt werde. In der Hauptsache fand die Dobrudschafrage bereits in Buftea ihre Erledigung. Als später bulgarischerseits der Wunsch auftauchte, die Bestimmung des Präliminarvertrages, wonach die Dobrudscha bis zur Donau abzutreten wäre, so auszulegen, daß damit die Abtretung des Gebietes bis zum nördlichen Donauarm, dem Kiliaarm, gemeint sei, wurde dieser Forderung sowohl deutscherseits als auch österreichisch-ungarischerseits der entschiedenste Widerstand entgegengesetzt und es wurde im Friedensvertrag ausdrücklich ausgesprochen, daß die Dobrudscha nur bis zum St. Georgsarm abzutreten sei. Diese Stellungnahme hat bei den Bulgaren abermals verstimmt, war jedoch unvermeidlich, da die Aufstellung dieser neuen Forderung wahrscheinlich auch den Präliminarfrieden von neuem aufgerollt hätte.

In diesem Stadium befanden sich die Verhandlungen, als Graf Czernin von seinem Amte zurücktrat."



Druck von J. N. Vernay. Wien IX. — 3232 18.





Druck von J. N. Vernay. Wien IX. 3232. — 1918.

